

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/6773**



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

An den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages

Herrn

Dr. Andreas Tietze

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

per E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Hauptgeschäftsführer
Michael Thomas Fröhlich

Telefon 04331 1420-43

Telefax 04331 1420-50

E-Mail fruehlich@uvnord.de

Rendsburg, 29.11. 2021

Fr./Te.

Gesamtstellungnahme UVNord

zur Ansiedlungsstrategie Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung (Drucksache 19/3234)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 02. November d.J. danken wir für die Gelegenheit zur Anhörung und nehmen zur vorgenannten Thematik nachfolgend Stellung:

Grundsätzlich stimmen wir mit der Analyse und den Handlungsempfehlungen überein und möchten in diesem Zusammenhang gerne die Gelegenheit nutzen, einige weiterführende Überlegungen anzustellen.

Wir möchten anregen, die in der Strategie auch genannte Verteidigungswirtschaft in die Zielgruppe der in Schleswig-Holstein anzusiedelnden Branchen aufzunehmen. Erstens wäre das geboten, weil sie nach den Bewertungskriterien ähnlich zu beurteilen ist, wie andere Branchen, die von der Landesregierung berücksichtigt werden sollen. Zweitens hat diese Branche eine steigende technologische und arbeitsmarktpolitische Bedeutung im Land. Diese erfreuliche Entwicklung hin zu einer kritischen Masse sollte nach Kräften unterstützt werden.

Drittens schließlich kommt ihr eine sicherheitspolitische Bedeutung zu, die vor dem Hintergrund der auf absehbare Zeit schwierigen weltpolitischen Lage selbst in Teilen Europas nach unserem Dafürhalten ebenfalls Beachtung finden sollte. Dies wäre darüber hinaus im Einklang mit den intensivierten Investitionen des Bundes im Verteidigungsbereich, die wiederum in bündnispolitische Verpflichtungen eingebettet sind.

Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen ist die Einbeziehung der Verteidigungsindustrie in eine Ansiedlungsstrategie für Schleswig-Holstein zu bewerten. Volatile Aspekte wie eine negative öffentliche Wahrnehmung sollten weder vor dem Hintergrund verantwortungsvoller Außenpolitik noch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Chancen langfristig gedachter Standortpolitik ausschlaggebend sein. Die wirtschaftliche Dynamik der Verteidigungsindustrie in Schleswig-Holstein verdeutlicht der starke Anstieg der direkt Beschäftigten in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent auf rund 7.300 und die Umsatzsteigerung auf ca. 1,5 Milliarden Euro. Die Dynamik dieser Branche und das Ansiedlungspotential in Schleswig-Holstein wird – gestützt von den genannten hohen Investitionen im Verteidigungshaushalt – durch folgende Fakten verdeutlicht:

- Übernahme von sechs Wehrtechnik-Unternehmen in Schleswig-Holstein (15 % der Wehrtechnik-Beschäftigten) durch ausländische Gesellschafter,
- mit German Naval Yards Holding und R&S Marinesysteme haben im letzten Jahrzehnt Neuansiedlungen renommierter Unternehmen stattgefunden,
- mehrere Zulieferbetriebe haben ihr Marktsegment in der Wehrtechnik erweitert,
- zahlreiche internationale Kooperationsvorhaben bieten ein hohes Ansiedlungspotential. (Umgekehrt haben mehrere Schleswig-Holsteinische Unternehmen der Verteidigungsindustrie, wie Thyssen Krupp Marine Systems, Rheinmetall, Raytheon Anschütz, FFG, Unternehmen im Ausland Unternehmen gegründet)
- erhebliche Ansiedlungspotentiale können insbesondere dort ergeben, wo die Bundeswehr mit Truppenteilen und mit der Ausrüstung neue Fähigkeiten aufbaut, wie dies bei den Unbemannten Flugzeugen in Jagel (s. Neue Industriepolitik, Kap. 2.6., Unbemannte Flugzeuge, Stand 25.01.2019) und bei der Cyber-Abwehr der Fall ist,

Darüber hinaus sei angemerkt, dass

- neben thyssenkrupp auch noch weitere große Wehrtechnikunternehmen, wie Rheinmetall (mit 4 Betriebsstätten), Raytheon und Thales in S-H vertreten sind,
- die WTD 71 der Bundeswehr in der Erprobung und technologischen Bewertung der Ausrüstung zwar hoch innovativ ist, aber keine Produkte herstellt,
- der als Schwäche der Verteidigungsindustrie aufgezeigte „Fachkräftebedarf“ kein Spezifikum, sondern ein grundsätzliches Problem aller 11 Branchen ist.

Nach unserem Dafürhalten sprechend diese Fakten dafür, der Verteidigungswirtschaft die Stellung als zu berücksichtigende Zielgruppe zuzuerkennen. Das Leitmotiv sollte hier „think big“ lauten.

„Think big“ sollte auch für weitere Themenbereiche gelten, beispielsweise für die erwähnte Städtepartnerschaft zwischen San Francisco und Kiel. Hier sollte Kiel in seiner Rolle als Landeshauptstadt und damit als Türöffner für ganz Schleswig-Holstein in Erscheinung treten. Damit könnte Kiel eine noch größere Standortvielfalt in die Städtepartnerschaft einbringen und seine Rolle als Gravitationszentrum für Investition in den norddeutsch-skandinavisch-baltischen Raum profilieren. Die Öffnung des kalifornischen Wirtschaftszentrums für ganz Schleswig-Holstein würde helfen, die kritische Masse zusammenzubringen, die für alle Branchen anzustreben sind, um weitere Investitionen anzuziehen. Gerade für ein Flächenland ist hierbei die infrastrukturelle Verbindung von herausragender Bedeutung. Mit Blick auf den wirtschaftlich starken Süden Schleswig-Holsteins an der Grenze zu Hamburg bedeutet dies, dass die Nord-Süd-Verbindungen in den Landesteil Schleswig verbessert werden müssen. Hierfür sollten auch neue Ideen der Mobilität geprüft werden, beispielsweise eine Expressverbindung über den Schienenverkehr in die Hamburger Innenstadt. Bei allen Kosten ließe sich eine Entlastung auf dem Immobilienmarkt hinsichtlich knapper Wohnräume und Gewerbegebiete erzielen. Es ist zu prüfen, ob die absehbare Unwirtschaftlichkeit einer solchen Investition auch in gesamtwirtschaftlicher Rechnung Bestand hätte. In jedem Fall würde die verbesserte Anbindung Schleswig-Holsteins beispielsweise an das Hamburger Luft- und Raumfahrtcluster für neue Entwicklungsmöglichkeiten sorgen.

Ebenfalls positiv auf den Standort Schleswig-Holstein würde sich auswirken, wenn die im Vergleich mit den skandinavischen und baltischen Nachbarländern relativ hohen bürokratischen Hemmnisse in den geltenden Rechtsvorschriften beispielsweise bei Neuansiedlungen weiter abgebaut werden können. Die bereits jetzt bestehende leistungsfähige und gut funktionierende Struktur der Genehmigungsbehörden in Schleswig-Holstein könnte dann noch besser zum Tragen kommen.

In den Blick genommen werden sollten ebenfalls Kostenfaktoren für heimische Unternehmen und potentielle Investoren.

- Beispielsweise bei den Gestehungskosten für Erneuerbare Energien: Insbesondere die hohen Stromkosten und die Netz- und Nutzungsentgeltproblematik dürfen keinen permanenten Standortnachteil insbesondere für energieintensive Industrien zementieren.
- Auch die Grunderwerbsteuern, deren Satz in Schleswig-Holsteins mit 6,5 Prozent zur Spitzengruppe in Deutschland gehört, sind ein Standortnachteil, der auf den Prüfstand gehört.

Abschließend begrüßen wir den grundlegenden Ansatz, regionale Wertschöpfung zu generieren. Auch für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mit ihren sehr unterschiedlichen Kulturlandschaften liegt in der Betonung der Attraktivität regionaler Erzeugnisse eine große Chance für zukünftige Wertschöpfung und Veredelung hochwertiger Erzeugnisse. Mit Blick auf Exportchancen plädieren wir für eine bundeseinheitliche Auslegung

und Anwendung der Veterinär- und Tierschutzvorschriften. Wichtig ist eine gut ausgestattete Koordinierungsstelle Export beim Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Thomas Fröhlich